



11. Juni 2021

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Großkonzerne fair besteuern**
- **Kampf gegen Steueroasen und Geldwäsche**
- **Lieferkettengesetz beschlossen**
- **Rechtsanspruch auf Ganztagschule beschlossen**
- **Faire Löhne in der Pflege**
- **Franke setzt sich für Kampf gegen Krankenhauskeime ein**
- **Insolvenzsicherung für Pauschalreisen**
- **Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken**
- **Anwalt- und Notarrecht werden umfassend reformiert**
- **Förderungen für „Grünes Neuental“ und Forstbotanischer Garten Breuna“**
- **Bilder der Woche**

Großkonzerne fair besteuern

Finanzminister Olaf Scholz kämpft seit Jahren vehement für eine globale Mindeststeuer. Die Finanzminister der G7 haben sich nun auf die Einführung einer weltweiten Mindeststeuer verständigt.



Die Einigung der sieben großen Industrieländer auf die von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene globale **Mindestbesteuerung von mindestens 15 Prozent** ist ein historischer Durchbruch für eine gerechtere Besteuerung. Damit stehen die Chancen gut, dass bei den anstehenden Treffen der OECD und der G20 im nächsten Monat der Vorschlag bestätigt wird. Große, profitable Konzerne werden dann nicht mehr in der Lage sein, sich durch Gewinnverschiebung arm zu rechnen. Auch Multis müssen ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl beisteuern, so wie jeder kleine Einzelhändler von nebenan auch.

Kampf gegen Steueroasen und Geldwäsche

Mit dem **Gesetz zur Abwehr von Steuervermeidung und unfairer Steuerwettbewerb** ermöglichen wir Verwaltungs- und Legislativmaßnahmen gegen Staaten, die internationale Standards im Steuerbereich nicht einhalten, also sogenannte Steueroasen. Dadurch sollen Personen und Unternehmen gezielt abgehalten werden, Geschäftsbeziehungen zu diesen Staaten aufzunehmen oder fortzusetzen. Das **Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz** macht es künftig außerdem leichter, zur Verhinderung und Verfolgung schwerer Straftaten Informationen über Finanzflüsse und Bankkonten abzurufen. Außerdem vernetzen wir die nationalen Transparenzregister auf europäischer Ebene, um internationale Geldwäsche mittels komplexer Firmenkonstruktionen zu erschweren.

Wichtig für alle Vereine: Da auch Vereine im Geschäftsleben auftreten, müssen auch sie sich in das Register eintragen – dies wird künftig im Regelfall über einen Abgleich mit dem Vereinsregister automatisch geschehen. Zudem haben wir die bereits bestehende Möglichkeit für gemeinnützige Organisationen, sich von den Gebühren für das Transparenzregister befreien zu lassen, deutlich vereinfacht. Ab 2024 ist hierfür kein Antrag mehr nötig. In der Zwischenzeit genügt ein einmaliger stark vereinfachter Antrag.

Lieferkettengesetz beschlossen

Die Sorgfaltspflicht von Unternehmen endet künftig nicht mehr am Werkstor.

Unternehmen müssen zukünftig dafür sorgen, dass es in ihrer gesamten Lieferkette nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Wir haben ein zentrales Anliegen unter Dach und Fach gebracht. Künftig müssen große in Deutschland ansässige Unternehmen prüfen, ob entlang ihrer Wertschöpfungsketten gegen Menschenrechte verstoßen wird und wirksame Schritte zur Prävention und Abhilfe ergreifen. In die Verantwortung genommen sind ab 2023 Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten, ab 2024 Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Wer gegen die Sorgfaltspflicht verstößt, muss mit hohen Bußgeldern rechnen.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir deutlich nachschärfen können. So wird der Anwendungsbereich des Gesetzes auch auf ausländische Unternehmen ausgeweitet und es wird für faire Wettbewerbsbedingungen gesorgt. Auch Betriebsräte sind künftig beim Sorgfaltspflichtenmanagement mit einzubeziehen. Das wird die Qualität deutlich erhöhen.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung beschlossen

Wie wichtig eine funktionierende Kinderbetreuung ist, hat die Corona-Pandemie in aller Schärfe gezeigt. Vom ersten Geburtstag bis zum Schuleintritt besteht schon jetzt ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Eltern sollen auch einen Rechtsanspruch darauf haben, ihre Kinder im Grundschulalter bis in den Nachmittag hinein betreuen zu lassen.



Ab 2026 sollen zunächst alle Kinder der ersten Klassenstufe einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz haben, in den Jahren danach wird er um je eine Klassenstufe ausgeweitet.

Somit hat ab August 2029 jedes Grundschulkind der Klassenstufen 1 bis 4 einen Anspruch auf ganztägige Betreuung. Der Rechtsanspruch auf

Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder soll in Horten ebenso wie in offenen und gebundenen Ganztagschulen erfüllt werden.

Dafür müssen noch zahlreiche zusätzliche Plätze geschaffen werden. Damit Länder und Gemeinden ein solches Angebot schaffen können, unterstützt der Bund den Ausbau mit bis zu 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in Ganztagsschul- und Betreuungsangebote. Davon werden 750 Mio. Euro über das Investitionsprogramm zum beschleunigten Ausbau der Bildungsinfrastruktur für Grundschulkinder bereits abgedeckt. Der Bund beteiligt sich darüber hinaus aber auch an den laufenden Betriebskosten der Ganztagsbetreuung: mit 100 Mio. jährlich ab 2026 und dann ansteigend bis 2030 mit 960 Mio. pro Jahr.

Pflegereform – ein Anfang ist gemacht

Echte Verbesserungen für Pflegekräfte, Betroffene und Angehörige: Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion seit langem ein. Das in dieser Woche beschlossene Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) enthält einige Regelungen, die die Bedingungen in der Pflege verbessern.



So werden Pflegebedürftige und ihre Angehörigen finanziell entlastet. Je länger jemand im Pflegeheim lebt, desto niedriger wird der Eigenanteil, den seine Angehörigen oder er selbst übernehmen müssen. Die Pflegeversicherung übernimmt künftig bis zu 70 Prozent des Eigenanteils. Monatlich können Pflegebedürftige so um mehrere hundert Euro pro Monat entlastet werden. Von dieser Entlastung wird ab dem 01. Januar 2022 etwa jeder dritte Heimbewohner profitieren.

Außerdem werden die Finanzen der Pflegeversicherung gestärkt. Der Zusatzbeitrag für Kinderlose steigt leicht um 0,1 Prozent. Die Pflegeversicherung erhält ab 2022 zudem eine Milliarde Euro jährlich als Bundeszuschuss.

Auch für Pflegekräfte gibt es Verbesserungen: So dürfen sie im Alltag mehr entscheiden, wenn es um die bestmögliche Versorgung der Gepflegten geht. Zudem sollen möglichst alle Pflegekräfte nach Tarif bezahlt werden. Pflegeeinrichtungen werden nämlich ab September 2022 nur noch zur Versorgung zugelassen, wenn sie nach (Kirchen-)Tarif zahlen. Davon werden über eine halbe Million Pflegekräfte profitieren.

Franke setzt sich für Kampf gegen Krankenhauskeime ein



Gefährlichen Krankenhauskeimen keine Chance geben – so lautete die zentrale Botschaft der Plenarrede von Edgar Franke. Diese Erreger, bei denen Antibiotika kaum wirken, kosten jedes Jahr rund 10.000 Patienten in Deutschland das Leben. Viele weitere tragen dauerhafte gesundheitliche Schäden davon.

„Gut ist, dass Patienten heute deutlich häufiger vor ihrem Klinikaufenthalt auf MRSA und andere Keime untersucht werden. Hier hat sich in den letzten Jahren viel getan!“, so Franke. Andererseits könne man von der Niederlande und den nordischen Ländern noch viel lernen. Dort werden Infizierte auch nach ihrer Zeit im Krankenhaus noch intensiv betreut.

Sepsis-Erkrankungen, die eine der gefährlichsten Folgen von einer Infektion mit Krankenhauskeimen sind, müsse man ebenfalls noch zielgerichteter verhindern und bekämpfen, betonte der Gesundheitspolitiker. „Die Sepsis-Stiftung hat mit anderen einen nationalen Sepsis-Plan vorgeschlagen. Das ist ein guter und tragfähiger Vorschlag!“.

Die gesamte Rede kann hier angesehen werden: [Deutscher Bundestag - Abgeordnete](#)

Insolvenzversicherung für Pauschalreisen

Als Konsequenz aus der Insolvenz von Thomas Cook und dem Einspringen des Staates bei der Entschädigung betroffener Reisekunden haben wir weitreichende Änderungen zur Insolvenzabsicherung für Pauschalreisen vorgenommen. Künftig zahlen Anbieter von Pauschalreisen abhängig von ihrem Umsatz in einen gemeinsamen Reisesicherungsfonds ein. Für Klein- und Kleinstunternehmen gibt es Ausnahmen.

Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken

Vergleichsportale wie Check24 besitzen eine große Marktmacht, agieren aber sehr intransparent. Betreiber von Rankings und Verbraucherbewertungen müssen daher künftig offenlegen, wie sie zu ihren Einschätzungen gekommen sind. Wird das Ranking durch versteckte Werbung oder Provisionszahlungen beeinflusst, muss dies klar gekennzeichnet werden.

Wichtig für Fußball- und Konzert-Fans: Ticketbörsen müssen künftig über den Originalpreis des Veranstalters Auskunft geben. Künftig haben Verbraucher einen Schadenersatzanspruch bei unlauteren Geschäftspraktiken. Wir haben außerdem den Schutz auf sogenannten Kaffeefahrten erhöht. Die Veranstalter müssen künftig ihre Kontaktdaten bei der zuständigen Behörde hinterlegen und über Widerrufsrechte informieren. Bei unbestellten Haustürgeschäften dürfen Vertreter nicht mehr als 50 Euro unmittelbar annehmen.

Anwalts- und Notarrecht werden umfassend reformiert

Das Berufsrecht der Anwälte und Notare ist „an einigen Stellen nicht mehr zeitgemäß, das Berufsbild sehr traditionell und konservativ“, stellte Esther Dilcher in ihrer Rede fest. Komplexe Fragen bedürfen oft nicht nur umfassender rechtlicher, sondern auch fachspezifischer Überprüfung und Beratung, im Familienrecht beispielsweise durch Rentenversicherungsberater. Die Neuregelung sieht daher eine gesellschaftsrechtliche Organisationsfreiheit mit anderen freien Berufen in sogenannten interprofessionellen Berufsausübungsgesellschaften vor.



Auch die Ausbildung wird aktualisiert: So können Prüflinge in Zukunft wählen, ob sie schriftliche staatliche Prüfungsleistungen handschriftlich oder elektronisch ablegen wollen. Außerdem kann das Referendariat auch in Teilzeit absolviert werden. Ebenfalls wird die Auseinandersetzung mit dem NS- und SED-Unrecht verpflichtender Bestandteil des Lehrplans. „So wird das Verständnis künftiger Rechtsanwender für die Werte des Grundgesetzes gestärkt“, so Esther Dilcher.

Förderungen für „Grünes Neuental“ und „Forstbotanischer Garten Breuna“



Die Gemeinde Neuental erhält 1.100.000 Euro aus dem Sonderprogramm des Bundes zur Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel. Mit dem Geld soll der Park "Heilswiese" erweitert, der Gemeindewald aufgeforstet und Straßen begrünt werden.

„Das ist Klimaschutz mit Signalwirkung“, so Edgar Franke. „Ich hatte alle Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis auf dieses Programm hingewiesen. Das Neuentaler Konzept hat in Berlin berechtigterweise überzeugt.“

Hintergrund: Mit dem Sonderprogramm zur Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel werden insgesamt 100 Mio.

Euro für 150 Projekte in Deutschland ausgeschüttet, die einen aktiven Beitrag für den Klimaschutz leisten. In Hessen werden acht Projekte gefördert.

Auch der forstbotanische Garten in Breuna wird dank einer Bundesförderung von 45.000€ zu neuem Leben erweckt: als wichtiger Naherholungsort in nächster Nähe zum Breuanerzentrum soll er dank neuer und klimaresistenter Bepflanzung in Zukunft noch stärker zum Spaziergehen einladen und zur Umweltbildung wie auch für Kinderfreizeiten besser nutzbar gemacht werden.



Bilder der Woche

Am Mittwoch tauschte sich Edgar Franke digital mit den Opferbeauftragten der Länder aus. Unterstützt wurde er von seinen beiden Geschäftsstellen-Leiterinnen im BMJV.

Themen waren Unterstützungsangebote für Betroffene bei den Strafprozessen, die besonderen Herausforderungen in der psychosozialen Nachsorge sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Leitfadens mit den Bundesländern.



Beim Thema **Bereitstellungslager in Würiggassen** bleibt Esther Dilcher am Ball und steht mit ihren Kollegen Johannes Schrap (SPD, links im oberen Bild)

und Dr. Christian Haase (CDU) im regen Austausch über den aktuellen Verfahrensstand und aktuelle Fragen vor Ort.

Edgar Franke traf den weltweit renommierten **Physiker und Aerosolexperten Dr. Gerhard Scheuch** (im Bild rechts) im Bio Businesspark in seinem Wahlkreis in Gemünden (Wohra). Links im Bild: Dr. Daniela Sommer und Dr. Stefan Degenhardt (activoris).

Scheuch erläuterte seine Forschungsergebnisse. Die Übertragung durch Aerosole, also das Ein- und Ausatmen der Viren sei der wichtigste Übertragungsweg, aber die Ansteckungsgefahr im Freien nahezu null.



Jede dritte Frau ist einmal im Leben von häuslicher Gewalt betroffen. Dies ist nicht zu tolerieren. Ein erster Schritt in der Bekämpfung von Gewalt ist es, auf sie aufmerksam zu machen.

Deshalb unterstützt Esther Dilcher die **Kampagne „§25/11- Ein Haus ohne häusliche Gewalt“ für einen besseren Schutz betroffener Frauen**, die vom Frauen- und Fachverband Sozialdienst katholischer Frauen Berlin e.V. und der Berliner Kreativagentur PEIX ins Leben gerufen wurde.



Tina Rudolph, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Berliner Büro von Edgar Franke, wurde auf den vierten Platz der thüringischen SPD-Bundestagswahlliste gewählt.

Die Medizinerin arbeitet seit rund drei Jahren für Franke, der ihr für den Wahlkampf seine Unterstützung zusicherte.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seite 1 Edgar Franke, Seite 2 Bundesministerium der Finanzen / photothek.net / Thomas Trutschel, Seite 3 Image by [Hanspeter Lechner](#) from [Pixabay](#), Seite 4 Image by [eliola](#) from [Pixabay](#), Seite 5 Edgar Franke, Seite 6 Esther Dilcher, Seite 7 Sharepics von Edgar Franke und Esther Dilcher, Seite 8 oben Edgar Franke, Mitte Esther Dilcher und unten Edgar Franke, Seite 9 Esther Dilcher oben und unten Tina Rudolph.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.